



Per E-Mail: fraktion@cducsu.de
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Herrn Volker Kauder
Vorsitzender
Platz der Republik 1
11011 Berlin

**Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft Deutscher
Fluglärmkommissionen (ADF)**
Bürgermeister Thomas Jühe, Raunheim
E-Mail: th.juehe@raunheim.de

Präsident Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF)
Helmut Breidenbach
E-Mail: helmut.breidenbach@web.de

**Vorsitzender des Verkehrsclub Deutschland e.V.
(VCD)**
Wasilis von Rauch
E-Mail: Wasilis.vonRauch@vcd.org

Frankfurt, 3. September 2017

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Sehr geehrter Herr Kauder,

der Sachverständigenrat hat bereits in einem umfassenden Sondergutachten im Jahr 2014 die systematische rechtliche Benachteiligung der Fluglärm betroffenen herausgearbeitet und dringend Verbesserungen angemahnt. Seitdem wurden zahlreiche Studien zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Fluglärm veröffentlicht, welche zusätzlich zu den bekannten Risikohöhen vor allem im Bereich der psychischen Erkrankungen wie Depressionen neue Erkenntnisse lieferten. Vor diesem Hintergrund hat das Umweltbundesamt im Mai 2017 einen Bericht zur Evaluation des Fluglärmschutzgesetzes erstellt, nach welchem eine Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm dringend notwendig ist.

Fast alle gesetzlichen Regelungen zum Schutz vor Fluglärm (allem voran das Luftverkehrsgesetz und das Fluglärmschutzgesetz) sind Bundesgesetze. Die Bundestagswahlen stehen nun kurz bevor. Da Urnengänge immer auch Weichenstellungen bedeuten und Festlegungen für die kommenden Jahre mit sich bringen, wollen die Fluglärm betroffenen an den über 30 Flughafenstandorten mit internationalen Verbindungen in Deutschland wissen, was sie von den einzelnen Parteien im Hinblick auf die dringend erforderliche Verbesserung des Fluglärmschutzes zu erwarten haben.

Wir haben deshalb die für uns dringlichsten Fragestellungen kurz in Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 zusammengefasst und möchten Sie bitten, diese für die CDU-CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bis spätestens 16. September 2017 zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Breidenbach
Bundesvereinigung gegen
Fluglärm (BVF)

Thomas Jühe
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher -
Fluglärmkommissionen (ADF)

Wasilis von Rauch
Verkehrsclub Deutschland (VCD)

Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl am 24. September 2017 zu den Umweltfolgen des Flugverkehrs

Wahlprüfstein 1: Luftverkehrsteuer

Vorbemerkung: Durch die Luftverkehrsteuer wird die steuerliche Betterbehandlung des Luftverkehrs etwas verringert (alle anderen Verkehrsträger zahlen Mineralölsteuer bzw. Mehrwertsteuer auf internationale Tickets). Allerdings bringt die Luftverkehrsteuer nur rund eine Milliarde Euro jährlich an Steuereinnahmen ein, während die Subventionen für den Luftverkehr aus Energiesteuerbefreiung des Kerosins und Mehrwertsteuerbefreiung nach Angaben des Umweltbundesamtes rund 11,8 Milliarden Euro ausmachen.

Neben der Beibehaltung der Luftverkehrsteuer treten die Umweltverbände für eine Umgestaltung mit dem Ziel einer stärkeren ökologischen Lenkungswirkung ein (z. B. höhere Besteuerung von Kurzstrecken- und Nachtflügen, Einführung einer Lärmkomponente durch Differenzierung nach Luftfahrzeug-Baumustern bzw. Einbeziehung der Luftfracht in die Luftverkehrsteuer).

Fragenkomplex 1: Wie steht Ihre Partei generell zur Luftverkehrsteuer? Sehen Sie Veränderungsbedarf bei dieser Steuer?

Wahlprüfstein 2: Mehrwertsteuerbefreiung auf internationale Flugtickets

Vorbemerkung: Während die Bahn den vollen Mehrwertsteuersatz auf internationale Fahrkarten zahlt, sind Tickets für grenzüberschreitende Flüge von der Mehrwertsteuer befreit. Laut Umweltbundesamt wird der Luftverkehr in Deutschland durch diese Mehrwertsteuerbefreiung jährlich mit 4,7 Milliarden Euro subventioniert. Dies führt zu einer ungerechtfertigten Wettbewerbsverzerrung zwischen den Verkehrsträgern.

Fragenkomplex 2: Soll an der Mehrwertsteuerbefreiung auf internationale Flugtickets nach Auffassung Ihrer Partei festgehalten werden?

Wahlprüfstein 3: Integriertes Luftverkehrskonzept

Vorbemerkung: Das von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) nicht mit den anderen Ministerien abgestimmte, im Mai 2017 vorgelegte „Luftverkehrskonzept“ des Bundesverkehrsministeriums setzt einseitig auf ungehemmtes Wachstum des Luftverkehrs. Der Fluglärmschutz und die Einhaltung der Klimaschutzziele der Bundesregierung bleiben dabei auf der Strecke.

Die Umweltverbände treten für ein integriertes Luftverkehrskonzeptes der Bundesregierung im Einvernehmen von Verkehrs- und Umweltministerium mit Berücksichtigung der Lärm- und Umweltauswirkungen ein. Die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene ist im Luftverkehrskonzept vorzuschreiben.

Fragenkomplex 3: Wie bewertet Ihre Partei das Luftverkehrskonzept von Verkehrsminister Alexander Dobrindt? Wie stehen Sie zur Forderung nach einem integrierten Luftverkehrskonzept, das sich auch am Lärmschutz der

Anwohnerinnen und Anwohner orientiert und den Luftverkehr klima- und umweltverträglicher gestalten sollte?

Wahlprüfstein 4: Lärmkontingentierungen und Nachtflugverbot

Vorbemerkung: In dem „Fluglärmbericht 2017“ vom Mai 2017 zur Evaluation des Fluglärmschutzgesetzes kommt das Umweltbundesamt (UBA) zum Ergebnis, dass das Fluglärmschutzgesetz aufgrund der einseitigen Ausrichtung auf passiven Schallschutz keine Möglichkeit bietet, den Fluglärm zu begrenzen oder zu vermindern. Aus Sicht des UBA ist daher ein übergeordnetes am aktiven Schallschutz orientiertes Konzept erforderlich, welches auch andere rechtliche Rahmenbedingungen, wie beispielsweise das Luftverkehrsgesetz, in einen umfassenden Schutz vor Fluglärm mit einbezieht. Das UBA empfiehlt eine grundsätzliche Änderung der Konzeption des Fluglärmschutzgesetzes, und zwar sollte für die Tagzeit von 6:00 bis 22:00 Uhr eine Lärmkontingentierung eingeführt und während der Nachtzeit von 22:00 bis 06:00 Uhr aus Gründen des präventiven Gesundheitsschutzes kein regulärer Flugbetrieb auf stadtnahen Flughäfen stattfinden.

Fragenkomplex 4: Wie bewertet Ihre Partei die Empfehlungen des Umweltbundesamtes im Hinblick auf die Einführung von Lärmkontingentierungen und Nachtflugverboten? Welchen Änderungsbedarf im Luftverkehrsgesetz sieht Ihre Partei im Hinblick auf eine Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm?

Wahlprüfstein 5: Reform des Fluglärmschutzgesetzes

Vorbemerkung: In dem „Fluglärmbericht 2017“ vom Mai 2017 zur Evaluation des Fluglärmschutzgesetzes zeigt das Umweltbundesamt (UBA) auf, dass es einen umfassenden Reformbedarf beim Fluglärmschutzgesetz gibt. Die Umweltverbände unterstützen die Forderung des Umweltbundesamtes zur Absenkung der Lärmwerte zur Festsetzung des Lärmschutzbereiches, zur Beseitigung der Schlechterstellung von Bestandsflughäfen gegenüber baulich wesentlich erweiterten Flughäfen sowie von Bestandsgebäuden gegenüber Neubauten, zur Beseitigung der Schlechterstellung von zivilen gegenüber militärischen Flugplätzen sowie zur Beseitigung der zeitlichen Staffelung des Entstehens der Erstattungsansprüche für Schallschutzmaßnahmen und für Außenwohnbereichsentschädigungen.

Fragenkomplex 5: Welchen konkreten Reformbedarf sieht Ihre Partei beim Fluglärmschutzgesetz?

Wahlprüfstein 6: Klimaschutzziele im Luftverkehr einhalten

Vorbemerkung: Vom Ziel der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen im Verkehr um mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2030 verglichen mit 1990 abzusenken, sind wir noch meilenweit entfernt. Zwar wurde auf der Ebene der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) ein CO₂-neutralen Wachstums des internationalen Luftverkehrs von 2020 an mit Hilfe des marktbasieren Offsetting-Systems (Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA)) vereinbart. Hierdurch wird aber kein angemessener Beitrag zum Erreichen der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens geleistet. Deutschland sollte daher auf eine möglichst

ambitionierte Verschärfung der Klimaschutzanforderungen im internationalen Luftverkehr hinwirken.

Fragenkomplex 6: Durch welche Maßnahmen lassen sich nach Auffassung Ihrer Partei die Klimaschutzziele im Luftverkehr einhalten?

Wahlprüfstein 7: Systematische Arbeit an der Verbesserung des Fluglärmschutzes

Fragenkomplex 7: Besteht seitens Ihrer Partei bzw. Fraktion die Bereitschaft, im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft Fragen des Luftverkehrs und des Lärmschutzes systematisch anzugehen und die Umweltverbände hierzu auch einzuladen?